Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
Postfach 1227 | 56402 Montabaur

**REGIONALSTELLE
WASSERWIRTSCHAFT,
ABFALLWIRTSCHAFT,
BODENSCHUTZ**

gegen Empfangsbekanntnis

Verbandsgemeindewerke Puderbach

Steimeler Straße 7

56305 Puderbach

-Durchschrift -

Bahnhofstraße 49
56410 Montabaur
Telefon 02602 152-0
Telefax 02602 16355
Poststelle@sgdnord.rlp.de
www.sgd nord.rlp.de

13.04.2010

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner(in)/ E-Mail	Telefon/Fax
Az. 33-GE 4193 Gn/Ts	14.01.10	Helmut Grün	02602 152-154
Bitte immer angeben!	FB 4 / Wasserwerk	Helmut.Gruen@sgdnord.rlp.de	0261 120 888-154

Vollzug der Wassergesetze;

**Ertelung einer einfachen Erlaubnis zur Entnahme von Grundwasser aus der vorhandenen Gewinnungsanlage „Stollen Hanrother Eisenkaul“,
WFG-Nr.: 303 129 424**

**Lage: Gemarkung Raubach, Flur 5, Flurstück 65/2 und 65/3
Verbandsgemeinde Puderbach / Kreis Neuwied**

B E S C H E I D

Aufgrund der §§ 8, 9 und 10 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz -WHG-), sowie den §§ 25 ff des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz -LWG-), ergehen folgende Entscheidungen:

1/12

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.30 Uhr
Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung
ICE-Bahnhof Montabaur
Linien 462, 480, 481
Haltestelle Bahnhofstraße

Parkmöglichkeiten
Bahnhofstraße
Gerichtsstraße

I. WIDERRUFSBESCHIED

Der Erlaubnisbescheid vom 15.04.05, Az.: 33-GE 4193, für die Verbandsgemeindewerke Puderbach, Steimeler Str. 7, 56305 Puderbach, zur Entnahme und zum Gebrauch von Grundwasser aus dem vorhandenen „Stollen Hanrother Eisenkaul“, Gemarkung Raubach, Flur 5, Flurstück 65/2 und 65/3, zum Zwecke der Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung der Ortslage Raubach (über das Pumpwerk Stollen, WWK-Nr.: 323 650 001) wird hiermit gem. § 49 VwVfG widerrufen und durch den nachfolgenden Erlaubnisbescheid vollständig ersetzt.

II. EINFACHE ERLAUBNIS

1.

Zweck, Art und Maß der Benutzung:

Auf Antrag der Verbandsgemeindewerke Puderbach, Steimeler Str. 7, 56305 Puderbach, wird hiermit

die einfache wasserrechtliche Erlaubnis erteilt,

zum Zwecke der öffentlichen Wasserversorgung für die Ortslagen in der Versorgungsgruppe „Puderbach-Süd“ (über das Pumpwerk „In der Deib“ zum Zentralhochbehälter „Dernbacher Kopf“ mit Aufbereitung, WWK-Nr. 323 680 853) entsprechend den vorliegenden Planunterlagen Grundwasser mit folgenden Höchstmengen zu entnehmen und zu verbrauchen:

Fassungsart	Bezeichnung	WFG-Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	l/s	m³/h	m³/d	m³/a
Stollen	Hanrother Eisenkaul	303 129 424	Raubach	5	65/2 und 65/3	3,5	entfällt	302	30.000

2.

Planunterlagen:

Der Erlaubnis liegen die vom Ing.-Büro Heinemann, Altenkirchen, unter dem Datum vom 06.08.93 erstellten Unterlagen und Pläne zugrunde. Diese sind Bestandteil des Bescheides und mit einem entsprechenden Vermerk versehen.

3.

Befristung:

Die Erlaubnis ist gemäß § 18 Abs. 1 WHG widerruflich und ist befristet bis zum **30.04.2030**.

4.

Ordnungswidrigkeiten:

Eine Zuwiderhandlung gegen die angeordneten Auflagen bzw. vollziehbaren Anordnungen (§ 13 WHG) gilt gemäß § 103 Abs. 1 WHG als Ordnungswidrigkeit und kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 EUR geahndet werden. (§ 103 Abs. 2 WHG).

5.

Auflagen und Bedingungen:

5.1 Das Grundwasser darf nur zur öffentlichen Trinkwasserversorgung genutzt werden, wenn und solange es in gesundheitlicher Hinsicht den Anforderungen der Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung –TrinkwV 2001) vom 21.05.2001 (BGBl. S. 959) entspricht.

5.2 Die Erhöhung der Entnahmemengen, Veränderung oder Stilllegung der Anlagen sind rechtzeitig zuvor bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Montabaur, zu beantragen.

5.3 Die Rechtsinhaberin hat die Grundwasserentnahmen der Kreisverwaltung Neuwied, Gesundheitsamt, zur Durchführung der laufenden amtlichen Überwachung gemäß § 37 des Seuchenrechtsneuordnungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20.07.2000 (BGBl. I, S. 1045 ff) schriftlich anzuzeigen.

5.4 Die in der gültigen Trinkwasserverordnung geforderten routinemäßigen und periodi-

schen Untersuchungen sind einzuhalten und deren Ergebnisse der Kreisverwaltung Neuwied, Gesundheitsamt, unaufgefordert vorzulegen und ins TWIST-Web einzustellen. Dabei sind die entnommenen Proben hinsichtlich Rohwasser vor Aufbereitung und Trinkwasser nach Aufbereitung exakt zu bezeichnen.

6.

Auflagenvorbehalt:

Weitere Auflagen, Änderungen bzw. Ergänzungen bleiben vorbehalten.

7.

Allgemeine Hinweise:

Es ist zu beachten, dass

- 7.1 die Erlaubnis nicht das Recht gewährt, Gegenstände, die einem anderen gehören oder Grundstücke und Anlagen, die im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen,
- 7.2 die Erlaubnis unter den Vorbehalten der §§ 13 Abs. 1, 18 und 101 WHG steht,
- 7.3 diese Erlaubnis nicht Rechte Dritter berührt und nicht Genehmigungen ersetzt, die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind,
- 7.4 jede Änderung der Anlagen und Einrichtungen, die der Ausübung des Wasserrechtes dient, nur mit Zustimmung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Montabaur, zulässig ist,
- 7.5 die Übertragung der einfachen Erlaubnis in Abweichung von § 8 Abs. 4 WHG der Zustimmung durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Montabaur, bedarf.

8.

Kostenentscheidung und -festsetzung:

Kostenfestsetzungsbescheid

Die Kosten für diese Amtshandlung werden auf insgesamt

93,56 EUR

festgesetzt.

Hierin sind enthalten:

Gebühren:	93,56 EUR
Auslagen:	0,00 EUR

(einschließlich der Kosten der mitwirkenden Behörden)

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 2, 3, 9, 10 und 13 Landesgebührengesetz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578) in Verbindung mit der lfd. Nr. 11.1.1.2 (Gebührenrahmen von 26,50 EUR bis 5.315,00 EUR) der Landesverordnung über die Gebühren im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt und Forsten (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 8. April 2002 (GVBl. S. 193 ff), zuletzt geändert am 20.04.2006 (GVBl. S. 165 ff).

Die Kosten werden nach § 17 LGebG mit der **Bekanntgabe an den Kostenschuldner** fällig und sind auf das

**Konto Nr. 72900 (IBAN DE45 57050120 00000 72900)
BLZ 570 501 20 (BIC MALADE51KOB)
bei der Sparkasse Koblenz**

unter Angabe des Kassenzzeichens: **2001.33.10.1.92.1480.111.11** zu überweisen.

Die Kosten werden auch bei Erhebung eines Widerspruches mit der Bekanntgabe dieses Bescheides fällig.

Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Gebühren oder Auslagen nicht entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v.H. gemäß den Bestimmungen des § 18 Landesgebührengesetz erhoben werden.

9.

Begründung:

Die Verbandsgemeindewerke Puderbach, Steimeler Str. 7, 56305 Puderbach, beabsichtigen, zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung für die Ortslagen in der Versorgungsgruppe „Puderbach-Süd“ (über das Pumpwerk „In der Deib“ zum Zentralhochbehälter „Dernbacher Kopf“ mit Aufbereitung, WWK-Nr. 323 680 853) entsprechend den vorliegenden Planunterlagen aus der vorhandenen Gewinnungsanlage „Stollen Hahnrother Eisenkaul“ Grundwasser mit folgenden Höchstmengen zu entnehmen und zu verbrauchen:

Fassungsart	Bezeichnung	WFG-Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	l/s	m ³ /h	m ³ /d	m ³ /a
Stollen	Hanrother Eisenkaul	303 129 424	Raubach	5	65/2 und 65/3	3,5	entfällt	302	30.000

Das Vorhaben stellt eine Gewässerbenutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 5 WHG dar und bedarf daher einer wasserrechtlichen Zulassung nach § 8 WHG. Die Zuständigkeit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz in Montabaur für diese Entscheidung ist in den §§ 34, 105 und 107 LWG geregelt.

Die Grundwasserentnahme aus der Gewinnungsanlage wurde zuvor mit Erlaubnis vom 15.04.05 zugelassen, befristet bis zum 30.04.2010 aufgrund der fehlenden Festsetzung eines Wasserschutzgebietes. Mit Datum vom 27.08.2007 erfolgte zwischenzeitlich die Festsetzung des Wasserschutzgebietes. Daher konnte nunmehr eine längerfristige Erlaubnis erteilt werden. Mit Schreiben vom 14.01.10 haben die Verbandsgemeindewerke Puderbach eine Verlängerung bzw. Neuerteilung der bisherigen einfachen Erlaubnis beantragt. Zur besseren Übersicht und zur Neuordnung des Wasserrechtes wurde der Bescheid vom 15.04.05 unter Ziffer I. widerrufen und durch den vorliegenden Bescheid vollständig ersetzt.

Zur Vorbereitung für das Beteiligungsverfahren haben die VGW Puderbach in Abstimmung mit der Kreisverwaltung Neuwied, Gesundheitsamt, aktuelle mikrobiologische Rohwasseruntersuchungen durchgeführt. Die in diesem Zusammenhang vorgenom-

mene Beprobung erbrachte keinen relevanten Befund. Entsprechend den Empfehlungen des Umweltbundesamtes, Berlin (UBA, Bundesgesundheitsblatt 444 (4), S. 406-408, 2001) kann das Rohwasser daher so eingestuft werden, dass Belastungen durch Parasiten nicht zu erwarten sind. Weitere Sanierungsarbeiten zum Ressourcenschutz (Multibarriersystem) bzw. weitergehende Aufbereitungsstufen zur Erreichung einer parasitensicheren Trinkwasserqualität ($\leq 1 \mu\text{m}$ -Filtration gem. § 5 Abs. 4 TVO vor der nachfolgenden Desinfektion) wären somit nicht erforderlich.

Die Aufbereitung erfolgt im neuen Zentralhochbehälter „Dernbacher Kopf“, WWK-Nr. 323 680 853. Neben der Entsäuerung über Filterbecken mit dolomitischem Filtermaterial und Kreuzstromentgaser wird die Desinfektion mittels UV-Anlage vorgenommen. Bei der Festlegung der Gewässerbenutzung wurde weitestgehend berücksichtigt, dass jede vermeidbare Beeinträchtigung der Gewässerbeschaffenheit unterbleibt und die Grundwasserentnahme die Neubildung auf Dauer nicht überschreitet (§§ 12 Abs. 1 WHG, 26 Abs. 2 LWG). Bei frei zufließendem Quell- oder Stollenausstritt entfällt im Gegensatz zu einem klassischen Brunnen die Reduzierung der Tagesentnahmemenge bezogen auf einen 18- bis 20-h-Pumpenbetrieb und die Reduzierung der Jahresentnahmemenge um den Faktor 2^3 zum Schutz des Brunnens und zur Wahrung der Regenerationsfähigkeit. In Anlehnung an die zuletzt in 2005 entnommene maximale Jahresentnahme gem. Wasserbilanz wurde die Bescheidsjahresmenge incl. Sicherheitszuschlag auf 30.000 m^3 festgelegt.

Die nach den Verwaltungsvorschriften zu beteiligenden Fachbehörden und -stellen haben der beantragten Grundwasserentnahme vom Grundsatz her zugestimmt.

Die Erlaubnis wurde daher erteilt **bis zum 30.04.2030**.

Eine einzelfallbezogene Vorprüfung hat ergeben, dass durch die beantragte Entnahme keine nachteiligen Auswirkungen im Sinne einer Umweltverträglichkeitsprüfung gem. § 3 c UVPG zu erwarten sind, so dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich war. Dies wurde durch die Bekanntmachung im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Puderbach in der Ausgabe vom 22.07.04 veröffentlicht.

Die im Erlaubnisbescheid angeordneten Auflagen und Bedingungen (Nebenbestimmungen) sowie Hinweise sind zur Verhütung nachteiliger Wirkungen für andere und für die Ordnung des Wasserhaushalts sowie zur Vermeidung bzw. zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft geboten. Die einfache Erlaubnis kann gemäß § 31

Abs. 1 LWG nur dann um eine angemessene Frist verlängert werden, wenn nicht überwiegende Belange des Wohls der Allgemeinheit oder, wenn diese nicht berührt sind, Rücksichten von überwiegender wirtschaftlicher Bedeutung entgegenstehen. Der Antrag auf Verlängerung der Frist ist bei Erfüllung der vorgenannten Bedingungen gemäß § 31 Abs. 2 LWG, spätestens 6 Monate vor deren Ablauf bei der zuständigen Behörde zu stellen.

10.

Wasserbuch:

Die Eintragung ins Wasserbuch erfolgt gem. § 87 Abs. 2 Ziffer 1 WHG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe **Widerspruch** erhoben werden.

**Der Widerspruch ist bei der
Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord,
Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz,
Bahnhofstraße 49, 56410 Montabaur,
schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.**

Im Auftrag

-gez.-

(Wolfgang Beck)

Kernarbeitszeiten

09.00-12.00 Uhr

14.00-15.30 Uhr

Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung

ICE-Bahnhof Montabaur

Linien 462, 480, 481

Haltestelle Bahnhofstraße

Parkmöglichkeiten

Bahnhofstraße

Gerichtsstraße

Rechtsgrundlagen:

Abkürzungen

Fundstellenverzeichnis

Stand: 24.02.10

AGVwGO	Landesgesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 05.12.1977 (AGVwGO; GVBl. S. 451), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.07.2003 (GVBl. S. 212)
AllgGV	Landesverordnung über die Gebühren für Amtshandlungen allgemeiner Art (Allgemeines Gebührenverzeichnis) vom 15.01.02 (GVBl. S. 61);
ArbSchG	Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG -) vom 07.08.1996 (BGBl. I S. 1246), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 05.02.2009 (BGBl. I S. 160);
BauGB	Baugesetzbuch (BauGB) vom 23.09.2004 (BGBl. I Nr. 52 vom 01.10.2004 S. 2414); zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585);
BaustellV	Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung –BaustellV -) vom 10.06.1998 (BGBl. S. 1283), zuletzt geändert durch Artikel 15 V des Gesetzes vom 11.03.2005 (BGBl. I S. 88);
BesGV	Landesverordnung über die Gebühren der Behörden des öffentlichen Veterinärdienstes, der amtlichen Lebensmittelüberwachung und der Gesundheitsverwaltung im Rahmen des Trinkwasserrechts und der Umwelthygiene sowie des Landesuntersuchungsamtes im Fachbereich Lebensmittelchemie (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 8. April 2002 (GVBl. S. 193 ff), zuletzt geändert am 20. April 2006 (GVBl. S. 165 ff);
Bußgeldkatalog	Bußgeldkatalog zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Umweltschutzes vom 22.12.2000 (Bußgeldkatalog Umweltschutz – VV des Ministeriums für Umwelt und Forsten; Min.Bl. vom 30.03.2001, S. 250 ff)
IfSG	Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 2a des Gesetzes vom 17.07.2009 (BGBl. I S. 2091);

KPauschVO	Landesverordnung über die Festsetzung eines Pauschbetrages für die Kraftfahrzeugbenutzung (KPauschVO) vom 19.04.2001 (GVBl. S. 95);
LBauO	Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358);
LGebG	Landesgebührengesetz für Rheinland-Pfalz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27.10.2009, (GVBl. S. 364);
LNatSchG	Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft (Landesnaturenschutzgesetz –LNatSchG-) in der ab 28.09.2005 geltenden Fassung (GVBl. S. 442), zuletzt geändert am 29.12.2006 (GVBl. S. 447 ff);
LUIG	Landesumweltinformationsgesetz (LUIG) vom 19. Okt. 2005 (GVBl. S. 484);
LVwVfG	Landesgesetz über das Verwaltungsverfahren in Rheinland-Pfalz (Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG -) vom 23.12.1976 (GVBl. S. 308), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358);
LWG	Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz - LWG -) vom 22.01.2004 (GVBl. S. 54), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358);
TrinkwV	Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung – TrinkwV 2001 vom 21.05.2001 (BGBl. I S. 959 ff); zuletzt geändert durch Artikel 363 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407);
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. S. 94);
UVPVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV) vom 18.09.1995 (GMBI. S. 671);
VAwS	Landesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe Anlagenverordnung (VAwS) vom 01.02.96 (GVBl. S. 121); zuletzt geändert durch Verordnung vom 04.11.2005 (GVBl. S.491);
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21.08.2009 (BGBl. I S. 2870 Nr. 55);

VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.08.2009 (BGBl. I S. 2827);
VwVwS	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Wasserhaushaltsgesetz über die Einstufung wassergefährdender Stoffe in Wassergefährdungsklassen vom 17.05.1999 (Verwaltungsvorschrift wassergefährdende Stoffe -VwVwS-, GMBI. 1996 S.327);
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Neufassung vom 31.07.2009 (BGBl. I, Nr. 51, S. 2585);